



Schwäbisch Gmünd, 19.01.2023
Gemeinderatsdrucksache Nr. 006/2023

Vorlage an

Verwaltungsausschuss/Eigenbetriebsausschuss

zur Vorberatung
- nicht öffentlich -

Gemeinderat

zur Beschlussfassung
- öffentlich -

Feststellung des Jahresabschlusses 2020 des Eigenbetriebs Stadtgarten und Entlastung des Betriebsleiters für 2020

Anlagen:

- Anlage 1 – Bericht der örtlichen Prüfung
- Anlage 2 – Zusammenfassung des Jahresabschlussberichts 2020 und Erläuterung
- Anlage 3 – Zusatzbericht Prediger
- Anlage 4 – Jahresbericht vom 15. November 2022 (nur für Mitglieder des EBA)
- Anlage 5 – Mittelübertragung des Vermögensplans nach 2021

Beschlussantrag:

Der Jahresabschluss 2020 des STADTGARTEN wird wie im Jahresbericht enthalten festgestellt.

| | EURO |
|--------------------|---------------|
| 1.1 Bilanzsumme | 15.307.136,81 |
| das Anlagevermögen | 13.516.279,20 |
| das Umlaufvermögen | 1.790.857,61 |



davon entfallen auf der Passivseite auf

| | |
|-----------------------|---------------|
| das Eigenkapital | 4.009.004,03 |
| die Rückstellungen | 211.540,00 |
| die Verbindlichkeiten | 11.086.592,78 |

1.2 Jahresverlust 2.479.797,21

| | |
|--|--------------|
| Summe der Erträge | 537.723,39 |
| Summe Aufwand Betrieb | 1.097.982,87 |
| Summe Aufwand Liegenschaften und Gebäude | 1.919.537,73 |

2. Der Jahresverlust für das Jahr 2020 wird wie folgt gedeckt.

| | |
|---|--------------|
| Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage mit | 451.592,11 |
| Ausgleich durch Haushaltsmittel der Stadt in Höhe von | 2.028.205,10 |
| | 2.479.797,21 |

Der Jahresverlust 2020 mit EUR 2.479.797,21 soll nach der Feststellung des Jahresabschlusses in Höhe von EUR 2.028.205,10 durch den Haushalt der Stadt Schwäbisch Gmünd ausgeglichen und in Höhe von EUR 451.592,11 der Allgemeinen Rücklage entnommen werden.

3. Der Betriebsleiter wird für das Jahr 2020 entlastet.

4. Mittelübertragung

Die nicht verbrauchten Finanzierungsmittel für Investitionsmaßnahmen im Vermögensplan in Höhe von EUR 381.403,69 sowie die noch offene Kreditermächtigung 2020 in Höhe von EUR 235.000,00 werden nach 2021 übertragen.

Sachverhalt und Antragsbegründung:

Nach § 16 Abs. 1 und 2 Eigenbetriebsgesetz (EigBG) hat die Betriebsleitung innerhalb von sechs Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres einen Jahresabschluss mit Lagebericht aufzustellen und diesen dem Bürgermeister und dem Rechnungsprüfungsamt vorzulegen.

Aufgrund von § 11 GemO hat das Rechnungsprüfungsamt die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe vor der Feststellung durch den Gemeinderat innerhalb von vier Monaten nach Aufstellung durchzuführen. Diese Prüfung erstreckt sich auf die gesamte Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Vermögensverwaltung.



Nach § 16 Abs. 2 EigBG hat der Bürgermeister den Jahresabschluss und den Lagebericht zusammen mit dem Prüfbericht zunächst dem Betriebsausschuss zur Vorberatung und sodann mit dem Ergebnis dieser Vorberatung dem Gemeinderat zur Feststellung zuzuleiten.

Der Gemeinderat beschließt dabei u.a. über die Verwendung des Jahresgewinns oder die Behandlung des Jahresverlustes sowie über die Entlastung der Betriebsleitung.

Nachdem die örtliche Prüfung abgeschlossen ist und der Bericht bestätigt, dass gegen die Feststellung des Jahresabschlusses keine Bedenken bestehen, werden nun der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfbericht den Gremien vorgelegt.